



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger CSU

Die Konferenz zur Zukunft Europas fortführen – europäische Bürgerbeteiligung verstetigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Europäische Union in den nächsten Jahren vor zahlreichen, globalen Herausforderungen – angefangen von der Coronapandemie, die derzeit noch das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten bestimmt, bis hin zum Klimawandel – steht. Um diesen effektiv und gemeinschaftlich begegnen zu können, muss sie neue Wege beschreiten und Reformprozesse für ihre Zukunftsfähigkeit anstoßen. Dies darf allerdings nicht ohne Einbeziehung der europäischen Bürgerinnen und Bürger geschehen. Denn die Zukunft Europas und der Europäischen Union hängt auch von der Akzeptanz ihrer Bürgerinnen und Bürger ab.

Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund, dass mit der Konferenz zur Zukunft Europas eine Plattform geschaffen wurde, die sich gezielt an die Bürgerinnen und Bürger richtet und ihnen die Möglichkeit eröffnet, ihre Vorstellungen für die Zukunft der Europäischen Union einzubringen. Der Landtag stellt gleichzeitig fest, dass sich angesichts der europaweiten Coronapandemie der Start der Konferenz verzögert hat, weshalb die Konferenz nunmehr unter großem Zeitdruck stattfindet. Der Landtag spricht sich daher ausdrücklich für eine Verlängerung der Konferenz zur Zukunft Europas aus. Gleichzeitig betont der Landtag, dass die im Rahmen der Zukunftskonferenz eingebrachten Vorschläge aus den Bürgerforen und der Online-Beteiligungsplattform der EU in der Plenarversammlung hinreichend diskutiert und daraus konkrete Ergebnisse resultieren müssen. Darüber hinaus plädiert der Landtag dafür, die Formate der Bürgerbeteiligung über die Zukunftskonferenz hinaus zu verstetigen und im Rahmen der Beratungs- und Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene verstärkt zu nutzen.

Der Landtag als regionales Parlament und Vermittler europapolitischer Themen beteiligt sich ebenfalls mit verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten an der Konferenz zur Zukunft Europas. Er nimmt die Konferenz auch zum Anlass, um auf die zentrale Rolle der Regionen und der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen im europäischen Mehrebenensystem hinzuweisen und eine stärkere Einbeziehung in europäische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu fordern. Die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sind auch bei den Vorschlägen, die aus der Konferenz zur Zukunft Europas hervorgehen werden, stets zu beachten. Darüber hinaus setzt sich der Landtag auch dafür ein, dass die Rolle des Ausschusses der Regionen als institutionelle Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf europäischer Ebene gestärkt wird.